

Schutz der Bevölkerung bei terroristischen Anschlägen

Prof. Dr. med. Wolf R. Dombrowsky, Institut für Sozialwissenschaften, Christian-Albrechts-Universität, Westring 400, D-24118 Kiel, wdombro@arcor.de

Key Words: Terrorismus, Terrorbekämpfung, Gesellschaft, Schutz

Kein Terrorismus kann sich halten, wenn er keine unterstützende Basis findet. Umgekehrt gilt ebenso: keine Gesellschaft geht durch Terrorismus zugrunde, sofern sie an ihre Werte glaubt und von sich überzeugt ist. Dies ist die mentale Voraussetzung jeder Terrorbekämpfung, sie muss zuerst kommuniziert und diskutiert werden.

«9/11» ist zum weltweiten Symbol geworden, als moralische Legitimierung des Kampfes gegen den Terror. Gleichwohl war dieser Kampf lange zuvor Bestandteil von Weltinnenpolitik und ganz besonders der Inneren Sicherheit der meisten europäischen Staaten. Der Terror ist mit den Anschlägen von Madrid keineswegs nach Europa gekommen, wie manche Medien mit Blick auf «9/11» sorgenvoll anmerkten. Die Rote Armee Fraktion (RAF) in Deutschland, die Roten Brigaden in Italien, die Irish Republican Army (IRA) in Grossbritannien, die Euskadi Ta Askatasuna (ETA) in Spanien und unendliche Anschläge in Frankreich seitens Gruppierungen aus anti-kolonialistischer Tradition – sie alle bewirkten Veränderungs- und Anpassungsprozesse. Studiert man diese Prozesse, so erkennt man die Unterschiede in den terroristischen Zielsetzungen und deren Realisierungen und daran wiederum die spezifischen Antwortformen der Betroffenen. Setzten RAF und Rote Brigaden vornehmlich auf «Enthauptungsstrategien», so fokussierten IRA und ETA stärker auf «Streuwirkungen». Erstere führte zu extrem intensivierten Formen von «Security» im Sinne von Personenschutz, letztere stärker zu «Safety» im Sinne von Objektschutz. Beide bewirkten jedoch gleichermaßen rechtliche An-

passungen hin auf «Staatsschutz», Vorfeldkontrolle und Fahndungsmodernisierung.

Schon zu Zeiten der RAF und Roten Brigaden wurde die Problematik von Freiheit und Sicherheit diskutiert, wurden spezifische Massnahmen «forensischer Rechtspflege» kritisiert: «Kontaktsperr» zwischen Anwalt und Mandant, noch stärker der später von Willi Brandt (ehemaliger Bundeskanzler und Friedensnobelpreisträger) selbst in Frage gestellte «Radikalenerlass» und die Notstandsgesetze in Deutschland insgesamt. Die Diskussion hat durch «9/11» an Substanz und Bedeutung zugenommen. Ob es um die Zusammenarbeit zwischen Militär, Polizei und Nachrichtendiensten geht, um die Speicherung von Kontaktdaten oder die Ausspähung von Computern, immer steht das Verhältnis von Freiheit und Sicherheit in Frage und damit die Verhältnismässigkeit staatlicher Massnahmen zur Gewährleistung beider.

Tatsächlich bewegen sich alle Gesellschaften beim Kampf gegen den Terror in ein Dilemma. Je freier sie sind, desto verwundbarer sind sie mit umso simpleren Attacken. Je stärker sie sich zu schützen suchen, desto mehr Freiheiten schränken sie ein und umso aufwändiger müssen sie ihre Einrichtungen technisch und organisatorisch «härten». Von einem System vergleichenden Ansatz aus wiederholt sich die Strategie des «Totrüstens», die zu Zeiten des Kalten Krieges die USA gegen die Sowjetunion mit Erfolg einsetzten. Heute zwingen die vergleichsweise billigen, aber gleichwohl höchst effektiven Attacken eines internationalen Terrorismus die modernen Industriestaaten in eine ähnliche Asymmetrie und zugleich in einen verheerenden

Generalverdacht gegenüber einer in immer intensiveren Mixtur prozessierenden Weltbevölkerung: In ihr kann jeder eines jeden Gegner sein. Deswegen muss möglichst jeder überwacht und kontrolliert werden.

Wie aber sollen und können Überwachung und Kontrolle in einer Welt funktionieren, die zunehmend nicht nur vom Austausch von Gütern, Diensten und Kapital angewiesen ist, sondern auch von Wissen und von Menschen? Das kaiserliche Österreich zu Zeiten Maria der Grossen heiratete (tu felix austria...), die gegenwärtige Welt scheint ins Gegenteil zurückfallen zu wollen: in die ethnische, religiöse und weltanschauliche Separierung, wenn es sein muss auch als Geozid.

Die Zerfallsprozesse ehemaliger Kontrollsysteme (Warschauer Pakt), Staaten (Jugoslawien) und Tribalordnungen (Afghanistan) zeigen, dass alle Separierungsvorgänge zugleich Versuche sind, Fremdkontrolle abzuschütteln und Selbstkontrolle zu restituieren, immer aber um den Preis extremen Machtmissbrauchs und extremer Wertverluste.

Der Machtmissbrauch besteht dabei nicht nur in der Missachtung von Menschen- und Grundrechten, sondern vor allem in der Rückkehr zur Willkür und zur dümmsten Stratifizierung der Menschheitsgeschichte, zum Dichotomismus: Eigen Blut – fremdes Blut, Mann – Frau, katholisch – protestantisch, rechtgläubig – ungläubig.

Paaren sich dann noch Dichotomismus und Sendungsbewusstsein, haben Gesellschaftsordnungen, die auf Pluralismus und Individualität basieren, keine Chance. Die Niederlande und Däne-

mark mussten nach der Ermordung des Schriftstellers van Gogh und dem «Karikaturenstreit» schmerzlich lernen, dass «Toleranz» gerade nicht bedeutet, sich auf der Basis gleicher Spielregeln in Ruhe zu lassen. Vielmehr stehen die Spielregeln selbst auf dem Spiel.

Insofern zielte die Frage nach einem angemessenen Schutz der Bevölkerung bei terroristischen Anschlägen in die falsche Richtung, bezöge sie sich auf technische, organisatorische oder juristische Massnahmen. Selbstverständlich dürfen sie nicht fehlen, aber es sind nur operative Komponenten. Allerdings begingen alle Gesellschaften einen verhängnisvollen Fehler, wenn sie die operativen Komponenten zuerst, oder schlimmer, ausschliesslich behandelten. Wer die Opferbereitschaft und Leidensfähigkeit von Populationen studiert (z.B. Strategic Bombing Surveys 1942–45), der erkennt, dass es vor allem um Überzeugungen geht, um Hingabe an die «richtige» Sache. Dies schliesst nicht Hingabe an objektiv falsche Sachen aus, sollte jedoch bewusst machen, dass Schutz vor Terrorismus vor allem eine Haltung ist, die es Terroristen in jeder Weise verwehrt, wie Fische im Wasser zu schwimmen. Dies gilt primär für «Herkunftsgesellschaften»: Wie stand die deutsche zur RAF, die italienische zu den Roten Brigaden, die englische zur IRA oder heute, die islamischen zu Selbstmordbomben? Kein Terrorismus kann sich halten, wenn er keine unterstützende Basis findet. Umgekehrt gilt ebenso: keine Gesellschaft geht durch Terrorismus zugrunde, sofern sie an ihre Werte glaubt und von sich überzeugt ist. Dies ist die mentale Voraussetzung jeder Terrorbekämpfung, sie muss zuerst kommuniziert und diskutiert werden. Ist sie vorhanden, werden operative Mass-

nahmen getragen und aktiv umgesetzt. Fehlt sie, wird nur halbherzig oder gar nicht gehandelt, hat der Terrorismus schon halb gewonnen. Wir sollten uns deshalb nicht scheuen, uns zu fragen, woran wir glauben und wofür wir gegebenenfalls bereit sind, einen Preis zu zahlen (und «9/11» war kein geringer Preis). Wir sollten uns aber auch nicht scheuen, Muslime zu fragen, wie sie zum Terror stehen und was ihnen der Koran über Selbstmord und Schadenszufügung zu sagen hat. Ein solches Gespräch zwischen Menschen ist die Keimzelle einer Kommunikation über Terrorismus, ihr erwächst eine soziale Bekämpfungsstrategie. ■